

Pressemeldung



Gewerkschaft der Polizei

Bundesvorstand

<http://www.gdp.de>

gdp-pressestelle@gdp-online.de

Berlin, 2. Februar 2011

Krawalle in Berlin

GdP: Keinen politischen Rückhalt für Gewalttäter

Berlin. Die Gewaltausbrüche der linksextremistischen Szene anlässlich der Räumung eines besetzten Hauses in Berlin haben nach Beobachtung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) eine weitere Eskalationsstufe erreicht. GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut: „Mit welcher Brutalität und Menschenverachtung Polizisten und neuerdings auch Pressevertreter und Passanten angegriffen werden, ist unbegreiflich.“

Eine solche Entwicklung sei allerdings nicht verwunderlich, so der GdP-Vorsitzende, wenn eine Minderheit, die brachial fremdes Eigentum für sich reklamiert, politische Unterstützung erhält. So sei es empörend, so Witthaut, wenn ein Parlamentsvertreter wie der Bundestagsabgeordnete Ströbele (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) die legale Räumung eines illegal besetzten Hauses als „pervers“ bezeichnet. Witthaut: „Wer solchen linksextremistischen Gruppen politischen Rückhalt gewährt, trägt eine Mitverantwortung für diese Gewaltausbrüche.“

GdP-Chef Witthaut: „Es wird Zeit, dass die friedlichen Bewohner einer Großstadt den marodierenden Gewalttätern eine deutliche Absage erteilen und die Polizei kooperativ unterstützen. Brandanschläge auf Autos, Anschläge auf Immobilien, Zerstörung von öffentlichen Einrichtungen und Aufrufe zum Vandalismus richten sich gegen alle, die ihrer Arbeit nachgehen, ihre Familien ernähren und einen bescheidenen Wohlstand sichern wollen.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190